

Menschenrechte Fehlanzeige

Beim EU-Gipfel in Brüssel war diesmal die Türkei mit eingeladen, um über das Schicksal der Menschen zu beraten, die Zuflucht in Europa suchen. Von Merkel und anderen europäischen Politikern wird die Türkei immer wieder als „Lösung“ in der Flüchtlingsfrage präsentiert. Sie setzen darauf, dass die Türkei die Flüchtlinge an der Weiterreise hindert, damit diese gar nicht erst über Griechenland in die EU kommen.

Weil sie die Türkei somit als Komplizin ihrer Abschottungspolitik braucht, umwirbt die EU die türkische AKP-Regierung unter Staatschef Erdogan. Dabei werden beide Augen zugedrückt, was die Politik der türkischen Regierung gegen die Menschen in der Türkei angeht. Die Erstürmung der regierungskritischen Zeitung „Zaman“ letzten Freitag kurz vor dem EU-Gipfel war allerdings so schlecht getimt, dass PolitikerInnen aus der EU sich gezwungen sehen, ein bisschen verbale Kritik zu üben. Innenminister de Maizière schränkte gleich ein: „Wir sollten nicht Schiedsrichter bei den Menschenrechten sein.“ Sonst werden Menschenrechte immer vorgeschoben, um westliche Kriegseinsätze zu rechtfertigen. So ändert die EU ihre Politik, wie es ihr gefällt.

Erdogans Krieg in Kurdistan

Worüber kaum ein Wort verloren wird, ist der Kriegszustand, mit dem Erdogan die Kurdengebiete im Südosten der Türkei überzieht. Dort riegelt die Armee seit Monaten Gebiete mit Panzern ab (sogenannte „Ausgangssperren“) und liefert sich Kämpfe mit der prokurdischen Guerillaorganisation PKK. Während dieser Ausgangssperren muss jeder Mensch um sein Leben fürchten, der sein Haus verlässt, und sei es nur um Wasser oder Lebensmittel zu holen. Dabei sind nach Angaben unabhängiger Menschenrechtsorganisationen mindestens 92 ZivilistInnen getötet worden. Die Stadt Cizre musste diesen Ausnahmezustand 80 Tage über sich ergehen lassen. In der Stadt Diyarbakir gab es letzte Woche Proteste gegen die Ausgangssperre, die von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen bekämpft wurden.

Es gab in den letzten Jahren immer wieder Mobilisierungen und Kämpfe, die gezeigt haben, dass Erdogans Regierung nicht so fest im Sattel sitzt. Es gab die Proteste um den Gezi-Park in Istanbul, aber vor allem gab es letzten Sommer eine mehrwöchige Streikwelle in der Metallindustrie, die vom Renault-Werk in Bursa ausging. Tausende ArbeiterInnen waren beteiligt und

haben sich selbständig regional koordiniert – was für die Herrschenden besonders beängstigend war, weil die Arbeitenden so selbstorganisiert ihre potenzielle Macht spüren konnten.

Wie so oft hilft ein Krieg, soziale Fragen in den Hintergrund zu drängen. Auf allen Kanälen wird in der Türkei die Gefahr des Terrorismus beschworen und jeder, der die Regierung kritisiert zum Staatsfeind erklärt. Durch diese geschürte Atmosphäre der Angst hat die AKP es geschafft, bei Neuwahlen im Herbst wieder eine Mehrheit zu erlangen, die sie noch im Juni verfehlt hatte.

Im Bürgerkrieg in Syrien mischt die türkische Regierung als Verbündete des Westens eifrig selbst mit. Sie hat im syrischen Bürgerkrieg eine Chance gesehen, ihren Einfluss als Regionalmacht auszubauen und hat lange Zeit sunnitische Rebellengruppen unterstützt, darunter auch den Islamischen Staat und die Al-Kaidanahe Al-Nusra-Front. Durch die Verwicklung in den syrischen Bürgerkrieg ist die Türkei auch immer wieder Ziel von Anschlägen geworden, wobei die Regierung und ihre Medien alles versuchen, um den KurdInnen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Mit dem von der Regierung angezetteltem Krieg im eigenen Land, der schon jetzt Hunderttausende Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht hat, schafft die Türkei weitere Fluchtursachen. Die Lösung Merkels ist es somit, den Kneipenschläger zum Türsteher zu erklären.

Die falschen Moralapostel der EU

Allerdings haben die PolitikerInnen der EU keinen Grund, sich als Vorreiter in Sachen Menschenrechten aufzuspielen. Ganz im Gegenteil. Der Westen bombardiert ebenfalls in Syrien, seit diesem Jahr auch unter direkter Beteiligung der Bundeswehr. Und das unwürdige Geschachere um die Aufnahme einer Million Flüchtlinge in einer EU, die 507 Millionen EinwohnerInnen hat und eine der reichsten Regionen der Welt ist, spricht Bände. Die Türkei ihrerseits hat ganz alleine über 2,5 Mio. Flüchtlinge aufgenommen. Der Libanon mit nur 4 Mio. EinwohnerInnen beherbergt über eine Million syrischer Flüchtlinge.

Wenn jetzt gesagt wird, die Türkei solle die EU-Außengrenzen schützen, heißt das nichts anderes, als dass noch mehr Flüchtlinge in der Türkei bleiben sollen. Aus den Augen, aus dem Sinn, so sieht die „Lösung“ aus, die Merkel und Co. vorbereiten!

Von Kollegen für Kollegen...

Übergreifend

Auf der einen Seite die Perspektivlosigkeit der Arbeitslosen, auf der anderen der wachsende Druck auf die Arbeitenden. Menschen sind durch Ausbeutung und Terror gezwungen, in andere Kontinente zu fliehen; kommen traumatisiert... diese kapitalistische Gesellschaft bringt permanent Probleme.

Solche Umstände führen zu einer steigenden Aggressivität und Übergriffen, auch auf die Zugbegleiter. Nur zusätzliches Personal von DB Sicherheit oder doppelte Besetzung der Züge und Personal auf den Bahnsteigen wären die Lösung.

Aber dazu wäre Personal nötig und Geld, das da wäre, würde es sich nicht in den Taschen der Aktionäre und Superreichen anhäufen und auch die Ursache für viele Probleme ist.

Erst wenn wir diesen Teufelskreis des Kapitalismus aufbrechen, können wir sagen: Wir schaffen das!

Abstellen!

Da wird geredet, geredet, geredet... die Probleme bleiben. Bestes Beispiel ist das Abstellen von Fahrzeugen in Moabit. Ein knappes Jahr geht der Zirkus um fehlende Wege vom Abstellplatz. Verantwortlichkeiten werden hin und hergeschoben. Alles um einige Stunden Arbeitszeit einzusparen und uns Schichten zu unmenschlichen Zeiten aufs Auge zu drücken. Inzwischen hat das EBA davon Wind bekommen und siehe da, es kommt Bewegung in die Sache. Und die Chefs reden ganz anders. Sie hätten lieber das Problem ohne EBA ausgeduldet?

Eine Weisung ersetzt keine Einweisung

Grundsätzlich wollen die Regio-Chefs den Zugbegleitern alle betrieblichen Aufgaben zu entziehen. Geht es nicht anders, wird doch gerne auf sie zurückgegriffen. Doch aus das muss billig gehen. Beispiel Angermünde: Bekamen die Lokführer für das Aufschließen der Handweichen im Streckengleis noch eine praktische Einweisung sollen die Zub'is das nun nach einem kurzen Blick auf einen Aushang raffen.

Gibt es keine Unterweisung für sicherheitsrelevante Handlungen, dann dauert es eben länger. Wir dürfen uns damit keinen Stress machen.

Top-Checker-Grube

Auf die Frage: Warum hat die DB mit dem Ziel Top Arbeitgeber zu werden, mehr Wochenarbeitszeit und weniger Urlaub als die jetzigen Top10? antwortet Grube so: *Die DB definiere dies nicht nur über die Arbeitszeit oder den Urlaub. Dafür gäbe es aber einen umfassenden Gesundheitsschutz...*

Grubes Top-Logik: viel Arbeitszeiten + wenig Urlaub = viel krank – Gesundheitsschutz = Top???

Und wir dachten: wenig Arbeitszeit + viel Urlaub = weniger krank = Top!!!

Weiter: Vereinbarungen zur Schichtplangestaltung bringen die individuellen Bedürfnisse in Einklang.

Davon kommt bei Regio nichts an oder meint Top-Grube damit die Schichtplangestaltung im Einklang mit seinen individuellen Gewinnerwartungen...?

Gut möglich. Aber auf jeden Fall muss unsere Antwort sein: wenig Arbeitszeit + viel Urlaub = bessere Schichtpläne. Alles ganz einfach zu checken, Rüdiger.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org

flugblatt_bahn@gmx.de

Kein Sonderwunsch mehr nach Pankow

Es gibt eine Reaktion auf die unter Verschluss gehaltene Belastungsstudie bei der S-Bahn: Aus der Leitung Fahrbetrieb heißt es, jetzt sei Schluss mit den Sonderwünschen nach Erleichterungen in den Schichtlagen (z.B. keine Nachtschichten) und Schluss mit Genehmigung von Teilzeit. Maßnahmen, die man von Regio schon kennt.

Die Belastungsstudie bringt katastrophale Ergebnisse und die Leitung erhöht... die Belastung!

Hinter dem freundlichen Gefasel über Besserungen nichts als unverhohlene Ankündigungen.

Zusammen ist's ein Fest

Bahner aller Geschäftsfelder vereinigt euch im Pausenraum! Pausenräume und Meldestellen von S-Bahn und Regio sollen Ostbahnhof zusammen geschmissen werden. Wenn bei der Gelegenheit die Ausstattung für alle verbessert und die längeren Wege eingeplant würden, dann könnte man nichts als „Danke“ sagen.

Passt nicht

Als es letztes Störungen bei der S-Bahn gab, war wieder dieses Phänomen zu erleben: ganze Zuggruppen werden abgestellt und der TF? Auch. Woanders kriegen Tfs aber keine Ablösung und stellen Züge weg, weil die Lenkzeit vorbei ist. Züge und Tfs wie im Paralleluniversum und die Transportleitung im Stress. Auch wenn Störungen nicht immer zu verhindern sind, dass einige Kollegen deswegen im Kreis laufen, das schon.

Funk im schwarzen Loch

Draußen auf der S 3 gibt es auch eins dieser Funklöcher. Der Funk geht nicht überall. Regeltechnik muss doch eigentlich funktionieren. Die Bahn plant stattdessen von vorn herein mit der Rückfallebene, und die soll ausgerechnet das Diensthandy sein, das nicht dafür gedacht ist. Es sind solche scheinbar kleinen Abweichungen, die die Sicherheit reduzieren und am Ende bei „Verkettung unglücklicher Umstände“ uns die Probleme bringen können.

Frankreich: Arbeitsrechtsreform? Ab damit in die Tonne!

Am 9. März haben die französischen Eisenbahner gegen die geplanten Verschlechterungen bei der SNCF gestreikt. Die SCNF plant eine Reduzierung der Ruhetage, eine Verlängerung der Arbeitszeit, Erleichterungen bei Planänderungen in letzter Minute... Dieser Angriff hat große Verärgerung ausgelöst. Über 60% haben sich am Streik beteiligt! Nur jede dritte Zug fuhr.

Gleichzeitig steigt die Wut in der Bevölkerung gegen die neue allgemeine Reform des Arbeitsrechts, die ein Angriff auf viele soziale Errungenschaften bedeutet und alle Arbeitenden bedroht. Am 9. März haben auch die Jugendlichen gegen die Regierung und ihre Reform demonstriert, manchmal zusammen mit den Eisenbahnern, und Schulen blockiert. 500.000 Menschen haben sich Frankreichweit an Demonstrationen beteiligt. Die Regierung fürchtet eine gemeinsame Bewegung, die diese arbeitgeberfreundliche Politik zurückschlagen könnte!

Der Streik bei der SNCF und die Mobilisierung der Jugend können der Anfang von Gegenwehr in 2016 sein, in Frankreich... und überall!